

V o r l a g e  
für die Sitzung des Senats  
am 23. Mai 2017

**Umbesetzung von Aufsichtsräten bremischer Beteiligungsgesellschaften**

**A. Problem**

Aufgrund des Dienstantritts von Herrn Staatsrat Schulz beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ergeben sich Veränderungen in Bezug auf die Besetzung einzelner Aufsichtsräte bremischer Beteiligungsgesellschaften.

**B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen schlägt dem Senat vor, die Aufsichtsräte der bremenports GmbH & Co. KG, der bremenports Beteiligungs-GmbH, der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie der JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungs-GmbH mit Herrn Staatsrat Schulz zu besetzen. In der Folge ist Herr Staatsrat Siering aus den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften abuberufen.

**C. Alternativen**

Werden nicht vorgeschlagen.

**D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung**

Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkung

Keine

Gender-Prüfung

Durch die Neubesetzung mit Herrn Staatsrat Schulz ergeben sich gegenüber der bisherigen Verteilung der senatsseitigen Mandate in den Aufsichtsräten im Hinblick auf die Geschlechterverteilung keine Veränderungen.

## **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Senatskanzlei abgestimmt. Sie wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

### Öffentlichkeitsarbeit

Entfällt

### Veröffentlichung nach dem IFG

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

## **G. Beschluss**

- 1) Der Senat beschließt, die Aufsichtsräte der bremenports GmbH & Co. KG, der bremenports Beteiligungs-GmbH, der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG sowie der JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungs-GmbH mit Herrn Staatsrat Schulz als Nachfolger für Herrn Staatsrat Siering zu besetzen.
  
- 2) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.